

Meldungen

zusammengestellt von Martin Peter Houscht

EU stoppt Fischeinfuhren aus Bangladesh

Die EU hat mit sofortiger Wirkung für drei Monate alle Fischeinfuhren aus Bangladesh untersagt. Inspektionen von Mitarbeitern des Nahrungsmittel- und Veterinäramtes der Europäischen Kommission hatten bei der Besichtigung von fischverarbeitenden Betrieben Hygienemängel aufgedeckt. Ferner wurde festgestellt, daß die staatlichen Stellen nicht ihrer Aufsichtspflicht nachkommen. Bis zum 30. November soll diese Entscheidung überprüft werden, das heißt, die Betriebe müssen nun so schnell wie möglich ihre Hygienestandards anheben, möchten sie kein längeres Exportverbot in Kauf nehmen. Die Krabbenexporteure in Bangladesh haben die Entscheidung der EU scharf verurteilt und sehen darin ein Beispiel für nicht-tarifäre Handelshemmnisse, die dem Land drei Fünftel seiner Einnahmen aus dem Krabbenexportgeschäft rauben. Diese belaufen sich auf umgerechnet 350 Millionen DM jährlich. Für die Exporteure steht fest, daß die EU diese Maßnahme ergriffen hat, um Geschäfte mit politisch und ökonomisch wichtigeren Länder zu betreiben. Dem widerspricht jedoch die Tatsache, daß auch der Nachbar Indien vom Importverbot betroffen ist.

Sheikh Hasina in Deutschland

Premierministerin Sheikh Hasina Wazed kam im Juli anlässlich der internationalen Konferenz über Erwachsenenbildung in Hamburg zu einem dreitägigen Besuch nach Deutschland. Sheikh Hasina kam auch mit deutschen Geschäftsleuten zusammen, um für Investitionen in Bangladesh zu werben. Ihre Regierung sei bestrebt, den Kurs der Privatisierung und Liberalisierung fortzusetzen. Bangladesh sei in der Lage, im nächsten Jahrhundert ein zentraler Ort des Austausches zwischen der südasiatischen und südostasiatischen Region zu werden. Schon heute sei der Hafen von Chittagong weltweit einer der betriebssamsten, so die Regierungschefin.

CHT Verhandlungen ohne Friedensvertrag

Die mit großen Erwartungen begleitete fünfte Gesprächsrunde zwischen der Regierung in Dhaka und den Vertretern

der in den CHT lebenden Völker endete ohne den erhofften Friedensvertrag. Es konnte keine Einigung in der Frage darüber erzielt werden, wie die Rehabilitation der Chakma Flüchtlinge und die Sicherung ihrer Landrechte in die Praxis umgesetzt werden soll. Während sich der Vertreter der Regierung, Abul Hasnat Abdullah, am Ende der sechstägigen Verhandlungsrunde optimistisch gab, bald einen Friedensvertrag unterzeichnen zu können, zeigte sich Joytrindra Bodhipriya Larma, Vorsitzender des offiziellen Sprachrohrs der CHT-Völker 'Parbattya Chhattagram Jana Sanghati Samity' (PCJSS) skeptisch. Einen neuerlichen Versuch, zu einem Friedensvertrag zu kommen, wird es nun vermutlich Mitte September geben, wenn sich die beiden Verhandlungsdelegationen zum sechsten Mal treffen werden.

BNP fordert vorgezogene Parlamentswahlen

Oppositionsführerin Begum Khaleda Zia (BNP) hat eine Anti-Regierungs-Bewegung angekündigt, mit dem Ziel, vorzeitige Parlamentswahlen zu erzwingen. Bei einer Pressekonferenz hob sie das "Muster der Mißherrschaft" hervor, dem die gegenwärtige Regierung folge. Die Wirtschaft sei stark angeschlagen, die öffentliche Sicherheit habe sich zusehends verschlechtert, die Banken litten unter einer chronischen Liquiditätskrise. Dadurch wären auch inländische Unternehmen betroffen. Über 200 Mitglieder der BNP sind, so Khaleda Zia, unter dem Regime der regierenden 'Awami League' ermordet und tausende inhaftiert worden. Eine Zusammenarbeit mit der Regierung sei vor diesem Hintergrund ausgeschlossen.

Unterdessen bemüht sich Khaleda Zia um eine Allianz mit der auf drei Sitze geschrumpften islamistischen 'Jamaat-e-Islami' und anderen kleineren islamischen Parteien und Gruppierungen, um den Kampf gegen die Regierung zu bündeln.

Generalstreik militanter Islamisten

Militante Islamisten und Polizeikräfte lieferten sich anlässlich eines landesweiten Generalstreiks am 15. Juli schwere Gefechte. Mehrere Dutzend Menschen wurden verletzt, unzählige Personen festgenommen, es entstand erheblicher Sachschaden. Allein in Dhaka wurden

mehr als 100 Demonstrierende in polizeilichen Gewahrsam genommen. Das öffentliche Leben in den Großstädten kam faktisch zum Erliegen.

Die Islamisten hatten den eintägigen landesweiten Streik ausgerufen, um gegen die Aktion einer jüdischen Frau zu protestieren, die in der israelischen Stadt Hebron Posters ins Schaufenster gehängt hatte, auf denen der Prophet Mohammed als Schwein dargestellt worden war. Während neben der 'Jamaat-e-Islami' auch die 'Bangladesh Nationalist Party' und die 'Jatiyo Party' den Streik unterstützten, kritisierten die regierende 'Awami League' (AL) sowie kleinere islamische Parteien das Vorgehen als unnötig. Schließlich gebe es, so ein Sprecher der AL, eine von allen Parteien getragene parlamentarische Resolution gegen Blasphemie - in Bangladesh. Viele Printmedien des Landes befassen sich in Leitartikeln mit dem Sinn solcher Streiks und stellen die Frage, ob das Mittel des Generalstreiks (hartal) nicht ins Lächerliche gezogen wird, wenn man bereits solche Aktionen, die in einem viele tausend Kilometer entfernten liegenden Land durchgeführt werden, mit einer Stilllegung des öffentlichen Lebens in Bangladesh beantwortet.

SKOP-Streik

Eine Million Fabrik- und Transportarbeiter haben bei Arbeitsniederlegungen Ende Juli gegen die Privatisierungspolitik der Regierung protestiert und höhere Löhne gefordert. Organisiert wurde der 24-stündige Streik vom Gewerkschaftsdachverband 'Sramik Karmachari Oikya Parishad' (SKOP), dessen Verhandlungen mit der Regierung zuvor gescheitert waren. Mindestens zehn Arbeiter wurden bei den streikbedingten Auseinandersetzungen mit der Polizei verletzt.

Mehrere tausend Fabriken sind nach SKOP Angaben seit 1991 dem Privatisierungsprogramm der Regierung geschlossen worden, ohne das Alternativen für die arbeitslos Gewordenen vorhanden sind. Unterdessen plant die Regierung eine Beschleunigung des Privatisierungsprozesses und möchte bis zum Ende des Jahres 82 weitere Unternehmen privatisieren.

Schwere Zeiten für Steuerhinterzieher

Die Steuerbehörden in Bangladesh ha-

ben gezielte Schritte angekündigt, um den Steuerhinterziehern auf die Schliche zu kommen. Nach offiziellen Schätzungen müßten etwa vier Millionen Bangladeshis Steuern zahlen, da ihr jährliches Einkommen bei mindestens 60.000 Taka (2.400 DM) liegt. Tatsächlich sind es aber nur 700.000. Das 'National Board of Revenue' (NBR) verlangt nun Einkommenserklärungen von Haus- und Autoeigentümern. Auch Händler, die an Lizenzverlängerungen interessiert sind, müssen sich erklären. Nach Angaben des NBR zahlt sich das konsequente Vorgehen gegen Steuerflüchtlinge bereits aus. Innerhalb eines Monats haben sich bereits annähernd eintausend Importeure gemeldet. Bangladesh bezieht seine Steuereinnahmen zu drei Fünftel aus Importsteuern, während die Einkommenssteuer nur 15 Prozent beisteuert. Als Mitglied der 'World Trade Organization' hat Bangladesh die Verpflichtung übernommen, dieses Verhältnis umzukehren. Nach Meinung der NBR Mitarbeiter ist dies machbar.

Hungerstreik der Biharis

Unmittelbar vor dem 50. Jahrestag der Unabhängigkeit Pakistans haben mehrere hundert Biharis in Dhaka einen 24-stündigen Hungerstreik veranstaltet.

Sie protestieren damit gegen ihr weiteres Verbleiben in Bangladesh und fordern die seit 25 Jahren ausstehende Repatriierung nach Pakistan. Noch etwa 250.000 Biharis leben in 66 Lagern in Bangladesh, wo sie seit dem Bürgerkrieg von 1971 untergebracht worden sind. Die aus Indien stammenden urdu-sprechenden moslemischen Biharis waren 1947 nach Ostpakistan (dem heutigen Bangladesh) gekommen und hatten im Bürgerkrieg auf der Seite Westpakistans gestanden. Ihre Kollaboration mit den Westpakistanis hatte sie zu Außenseitern im neuen Staat Bangladesh werden lassen. Der Großteil der so 'gestrandeten Pakistanis' strebte nie eine Einbürgerung an, sondern forderte stets die Ausreise nach Pakistan. Pakistan hat bislang jedoch kein großes Interesse gezeigt, diesen Personenkreis aufzunehmen.

Rohingyas protestieren

Tausende in Bangladesh Zuflucht suchende moslemische Flüchtlinge aus Myanmar haben sich im Nayapara Flüchtlingslager unweit der gemeinsamen Grenze verbarrikadiert und fordern ein permanentes Bleiberecht in Bangladesh. Militante Rohingyas verweigern die Essensrationen und zwingen andere Lagerinsassen dazu, sich am Streik zu beteiligen. Der Protest kommt inmitten verstärkter Repatriierungsbemühungen

der Regierung in Dhaka. Im Juli hatte es bereits im Lager Kutupalong einen Nahrungsmittelboykott gegeben. Noch leben rund 20.000 Rohingyas in den zwei Lagern Nayapara und Kutupalong. 1992 hatten 250.000 Rohingyas aus Furcht vor der Militärregierung in Rangun die Grenze überschritten.

Monsunbilanz

Bei den Monsunüberschwemmungen der Monate Juli und August kamen bislang über 100 Menschen ums Leben. Besonders betroffen sind die südöstlichen Distrikte des Landes. Weite Flächen des Cox's Bazar Distrikt stehen weiterhin bis zu einem Meter unter Wasser. Viele tausend Häuser wurden hier zerstört, mindestens 250.000 Menschen sind obdachlos geworden. Dazu kommen abgerissene Straßen- und Zugverbindungen im Cox's Bazar und Chittagong Distrikt. Die Schadenshöhe steht noch nicht fest.

Arsenvergiftung

Bereits in 34 von 64 Distrikten des Landes sind hohe Mengen an Arsen im Grundwasser gefunden worden. Nach Aussagen des Toxikologen Prof. Dipan- kar Chakravarty sind bis zu 50 Millionen Bangladeshis in Gefahr, Arsenvergiftungen zu erleiden. Die nach Experten unbedenkliche Menge von 0,1 Milligramm Arsen pro Liter Wasser wird in vielen Distrikten weit überschritten. Bei Proben in einigen nordwestlichen Distrikten des Landes wurden fünf Milligramm pro Liter ermittelt.

Die Symptome für Arsenvergiftung sind vielfältig; Haut- und Magenerkrankungen sowie verschiedene Krebsarten werden mit Arsen in Verbindung gebracht.

Reaktorunglück

Aus dem atomaren Forschungsreaktor im unweit von Dhaka gelegenen Savar ist aufgrund eines Lecks Ende Juli radioaktives Wasser ausgetreten. Nach Angaben der 'Bangladesh Atomic Energy Commission' (BAEC) bestand jedoch zu keiner Zeit eine Bedrohung für die Bevölkerung. Der drei Megawatt Reaktor wurde 1986 errichtet und dient vor allem der medizinischen Forschung und der Ausbildung.

Fährunfälle

Annähernd 100 Menschen kamen bei zwei schweren Fährunfällen binnen eines Monats ums Leben. Eine 250 Menschen befördernde Fähre sank am 22. Juli im Jamuna in der Nähe der Stadt Sariakandi (Bogra Distrikt). Über

40 Menschen kamen dabei zu Tode. Wenige Wochen vorher ertranken bei einem anderen Fährunfall 50 Menschen im Dhanu Fluß nordöstlich von Dhaka.

Ministerrücktritt

Syed Abul Hossain, Staatsminister für 'Local Government and Rural Development', hat sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Diesen Schritt hatte Sheikh Hasina ihm nach Bekanntwerden der sogenannten Paßaffäre nahegelegt. Hossain hatte bei einer privaten Reise nach Singapur den für Privatpersonen üblichen grünen Paß vorgezeigt, nicht den roten Diplomatenausweis. Laut Gesetz ist aber jeder Minister verpflichtet, nach seiner Vereidigung den grünen Paß zurückzugeben und statt dessen den roten vorzulegen. Hossain hatte vermutlich versucht, auch ohne offiziellen Segen der Premierministerin eine Auslandsreise zu unternehmen.



südostasien informationen

Japan und Südostasien

Heft Nr. 2/97

aus dem Inhalt:
Export schmutziger japanischer Industrien
Japans Entwicklungszusammenarbeit mit Vietnam und Indonesien
Malaysias Japanpolitik
Thailändische Arbeitsmigrantinnen in Japan

außerdem:
 - Indonesien: Zu den Wahlen
 - Philippinen: Interview mit NDF-Vertreter
 - Burma: Karen Flüchtlinge in Thailand

Schwerpunkt des nächsten Heftes:
Südasiens und Südostasien

erscheinen vierteljährlich
 Einzelheft: 72 S.
 Preis: DM 9,-
 (zzgl. Porto)
 Jahresabonnement:
 DM 36,- für Einzelpersonen
 DM 72,- für Institutionen

erhältlich bei:
**Südostasien
 Informationsstelle**
 Bullmannau 11
 D-45327 Essen
 Tel.: 0201/830 38-18
 Fax: 0201/830 38-19
 E-Mailing im Internet:
 seainfo@geod.geonet.de

Konten: Sparkasse Bochum (BLZ 430 500 01) Nr. 30302491
 Post giro Dortmund (BLZ 440 100 46) Nr. 1748-460

Bangladesh: Alternative Flood Protection

Proceedings of a workshop
 European Parliament,
 Brussels

zu beziehen über: Hanna
 Schmuck, Drosselweg 1-3,
 14195 Berlin, Institute of
 Social Anthropology